

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend:

Erste Seite

erschienen einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und
bei allen Postämtern 50 Gr.

Druck und Verlag:

P. Hunold's Stadtschuldruckerei, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Nutzen des Preises

Die einseitige Willkür des 10 Gr.
Inseraten-Kaufes bis spätesten Freitag
12 Uhr vormittags.

Nr. 17

Bezugsr. Nr. 39

Sonnabend, den 24. April 1926

Gründet 1879

48. Jahrgang.

Hundschau.

Polen.

Ohne Auslandsanleihe keine Besserung der Lage.

Warschau, 19. April. Sonnabend abend fanden bei dem Reichstag Rat der Besprechungen der Vorsitzenden der verschiedenen Koalitionsparteien statt. Es haben daran teilgenommen Reichstag Rat, Ministerpräsident Strzyński, Finanzminister Jędrzejowski, Abg. Głombinski (Nationaldemokrat), Abgeordneter Chojasinski (Christl. Demokrat), Włoc (Polsk), Rosciszewski und Karcel (P. P. S.) und Bepiel (D. P. A.). Die Beratungen wurden durch Finanzminister Jędrzejowski eröffnet, der in einleitenden Worten die Schwierigkeiten schilderte, auf die er bei Anteil seines Postens gestoßen sei. Er gab gleichzeitig seiner Freude Ausdruck, daß sich die Lage erheblich bessern werde. Darauf sprach der Minister über sein Projekt, wie er das Budget auszugleichen gedenke, und das in der gestrigen Sitzung des Ministerrates vorgelegt worden ist. Das Projekt sieht eine Erhöhung der Einnahmen um 156 Millionen und eine Ermäßigung der Ausgaben um 111 Millionen vor. Die Postitionen, die eine Erhöhung der Einnahmen vorsehen, sind: 10 prozentige Erhöhung aller öffentlichen Ausgaben, außer Vermögensgabe und Steuern, Erhöhung der Spirituspreise um 1 Zloty für 1 Liter, Erhöhung der Getreidemahlpreise über 80 Prozent, Erhöhung der Beleuchtungspreise (Gas, Elektrizität, Petroleum) mit Ausnahme aller Materialen, die zur Ausfuhr bestimmt sind, Erhöhung der Steuerabgaben und Einführung von Abgaben für Schulausweise und Legitimationen, Erhöhung der Eisenbahnabgaben um 30 Prozent.

Bei den Ausgaben sieht der Finanzminister folgende Veränderungen vor: Abzüge für die Beamtengehälter der ersten bis achten Kategorie um 6 Prozent, neunte bis einschließlich elfte Kategorie 12 Prozent. Diese Kürzung soll vom 1. April bis 31. Dezember 1926 Gültigkeit haben. Der Ministerrat kann diese für die Beamten unangenehme Veränderung schon früher ändern. Bei Militärsoldaten, die zum Dienst unfähig sind, tritt erst nach 25prozentiger Dienstunfähigkeit Rentenbezug ein, bisher bei 15prozentiger Dienstunfähigkeit. Das Projekt teilt die Invaliden in in polnische, denen eine Rente nach 25proz. Arbeitsunfähigkeit zuerkannt, und in Invaliden der neu hinzugekommenen Landesheile, denen eine Rente erst nach 35proz. Dienstunfähigkeit zugesprochen wird. Die einmalige Abfindung wird die Höhe einer zwölmonatigen Rente betragen. Wenn der Einnahmeverdienst des Invaliden das Doppelte der Rente übersteigt, wird die Rente entzogen. Auch die Pensionabzüge erfahren eine wesentliche Veränderung. Die Ersparnisse bei den Pensionsgeldern und Renten werden etwa 30 Millionen Zloty betragen. Im Militäretat sollen weitere 24 Millionen erspart werden. Beim Eisenbahnetat sollen 18000 Eisenbahner und etwa 50 Millionen Zloty reduziert werden. Für die ganze Durchführung der Projekte wird entsprechend gesorgt werden. Demzufolge werden bei allen Behörden strenge Kontrollen durchgeführt werden. Um das Defizit des Budgets zu decken, sollen bis 1. Juli d. Js. für 81 Millionen Scheckemissionen ausgegeben werden. Weiter wird ein Gesetz gefordert, das den Staatspräsidenten ermächtigt, das Statut der Bank Polak zu ändern. Schließlich wendet sich der Minister entschieden gegen das Projekt der Polnischen Sozialisten, das nicht zu realisieren sei, weil es eine Inflation begünstige.

In der Aussprache nahm Abgeordneter Daszyński als erster das Wort, der sich gegen das Projekt des Finanzministers aussprach, weil es nicht zu realisieren sei. Er empfiehlt nochmals, das Projekt der P. P. S. anzunehmen. Weiter sprach noch der Abgeordnete Bepiel von der Nationalen Arbeiterpartei, der das Projekt der Sozialisten als annehmbar bezeichnete. Jędrzejowski erklärte darauf, daß ohne ausländisches Kapital die Währung nicht stabilisiert und die Inflation nicht beseitigt, der Defizit nicht ermäßigt und die Arbeitslosigkeit nicht behoben werden könne.

Der Abg. Karcel (P. P. S.) wies das Budget des Ministers ein Budget der reichen Leute. Sejmarschall Karcel schloß die Sitzung mit den Worten, daß in diesem kleinen Kreise eine Entscheidung nicht getroffen werden könnte, es müßten noch Beratungen der einzelnen Parteien vorangehen.

Warschau, 19. April. Nach dem „Robotnik“ stehen die Sozialdemokraten folgendes Programm zur Sanierung der Finanzen auf:

1. In das Budget für das Jahr 1926 sollen die Einnahmen aus der Grundsteuer um 5 Millionen Zloty höher eingelegt werden.
2. Die Einkommensteuer ist im Budget gleichfalls um einen um 5 Millionen Zloty höheren Betrag zu präliminieren.
3. Die Einnahmen aus dem staatlichen Spiritusmonopol sind um 50 Millionen Zloty höher anzulegen.
4. Die Bahn- und Posttarife sollen in einem solchen Ausmaße erhöht werden, daß daraus ein Reinertrag von 30 Millionen Zloty resultiert.
5. Die Vermögenssteuer ist um 85 Millionen höher zu präliminieren.
6. Insgesamt sollen die Mehreinkünfte aus diesen Steuern den Betrag von 208 Millionen Zloty erreichen.

Unterstützt fordern die Sozialdemokraten die Herabsetzung der staatlichen Ausgaben, insbesondere auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung im Wege einer Verwaltungsorganisation vornehmlich bei der Umer, was nach ihrer Auffassung eine Ersparnis von 60 Millionen Zloty nach sich ziehen würde. Zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollen Kredite in Höhe von 300 Millionen Zloty beschafft werden und zwar 150 Millionen Zloty für öffentliche Arbeiten und zur Behebung der Bauwirtschaft und 150 Millionen Zloty für die Hebung der Industrie und der Landwirtschaft. Hinsichtlich der valutarischen Lage fordern die Sozialdemokraten die Schaffung eines speziellen Kontrollamtes, das den gesamten Geldverkehr mit dem Auslande zu überwachen und dafür Sorge zu tragen hat, daß alle Exportvaluten in die Bank Polak einlaufen. Ferner fordern die Sozialdemokraten eine Veränderung der Statuten der Bank Polak in der Hinsicht, daß die gestimmte Metalldeckung des Notenumlaufs herabgesetzt und auf diese Weise die Möglichkeit einer entsprechenden Erhöhung des Geldumlaufes geschaffen werde. Mit diesem Programm glauben die Sozialdemokraten die Forderung einer wesentlichen Inflation auf ein Minimum herabzubringen, umso mehr, als die Neuemission von Zlotys nicht zur Deckung des Budgetdefizits, sondern für Wirtschaftszwecke verwendet werden soll.

Die Regierungskrisis — vorläufiges Verbleiben des Kabinetts.

Warschau, 20. April. Heute mittag trat die Sejmfraktion der sozialistischen Partei zu einer Beratung über die Koalitionsliste zusammen. Nach einer kurzen Unterredung wurde der Beschluß gefaßt, die zwei sozialistischen Minister außer dem dritten, der als Hochmann betrachtet wird, aus der Koalitionsregierung zurückzuführen. Um 2 Uhr nachmittags überreichten die beiden sozialistischen Minister dem Ministerpräsidenten Strzyński ihre Demission. Gleich darauf begab sich Strzyński zum Sejmarschall Karcel und beauftragte ihn, bei den anderen Sejmfraktionen anzufragen, ob sie auch aus der Koalitionsregierung ausgetreten gewillt seien. Wie von gut informierter Seite verlautet, hat sich Strzyński schon heute entschlossen, morgen dem Präsidenten seine Demission einzureichen.

Warschau, 21. April. Das Kabinett hat heute früh nach längerer Beratung seinen Ratschluß beschloßen. Um 1 Uhr mittags begab sich Ministerpräsident Strzyński in das Palais des Staatspräsidenten, um die Demission zu überreichen. Der Staatspräsident hat das Rücktrittsgesuch nicht angenommen, das Kabinettskabinett bleibt vollständig am Ruder. Die ausgetretenen sozialistischen Minister sollen bis zum 1. Mai durch andere Minister ersetzt werden. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, daß sich das Kabinettskabinett weiter halten kann. Der Sejm wird vor der Vervollständigung der Regierung nicht zusammenzutreten.

Ostern nachmittag um 5 Uhr fand ein Ministerrat des Kabinettskabinetts statt. Strzyński erklärte nach Beendigung der Sitzung: „Ich sahre zum Staatspräsidenten, um ihn über den Beschluß des Ministerrats zu informieren, nämlich, daß das Kabinett weiter am Ruder bleiben will. Meine Regierung kann nur durch den Sejm oder durch den Staatspräsidenten gestützt werden. Das Rücktrittsgesuch hat der Staatspräsident nicht angenommen. Dorum werde ich bleiben und weiter regieren. Wenn mich der Sejm stürzt, dann werde ich alsbald zurücktreten.“

Der ehemalige Finanzminister Linde ermordet.

Warschau, 18. April. Gestern nachmittag ist der ehemalige Generaldirektor der polnischen Postpostoffice und vormalige Finanzminister Hubert Linde vor seinem Hause ermordet worden. Linde war wegen Unterschlagung angeklagt, die er als Generaldirektor der Postpostoffice vor einiger Zeit begangen hatte. Das Urteil sollte Montag nachmittag gefällt werden. Der Mord hat eine rasche Aufklärung gefunden. Als Mörder wurde der Sergeant Wenzel Cielewski, der in der hiesigen Infanterieoffizierskule tätig war, verhaftet. Wie aus Verhörungen des Mörders hervorgeht, scheint, hat er die Tat aus politischen Motiven begangen. Er gab an, daß er beabsichtigte, daß Linde auf Grund von nationalistischen Einflüssen nur eine geringe Strafe erhalten oder gar freigesprochen werden würde. Deshalb entschloß er sich, in dieser Art dem Spruch des Gerichtshofes vorzugreifen.

Das Urteil im Lindeprozeß.

Warschau, 19. April. In dem Prozeß wegen der Mißbräuche bei der Postpostoffice sollte heute das Warschauer Bezirksgericht das Urteil. Von den Erben des ermordeten früheren Ministers Hubert Linde sollen danach auf jedem Prozeßwege die Auszahlung von 1427523 Zloty, von Bau 25940 Dollar und 19148 Zloty angefordert werden. Außerdem wurde Bau zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und Synalewicz zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Gefängnisstrafe bei Bau wurde in 2 1/2 Jahre Besserungsanstalt umgewandelt, die Unteruchungshaft, seit dem 22. Januar d. J., wird dem Verurteilten angedreht. Das Strafgericht gegen Hubert Linde konnte nicht gefällt werden. Sicherlich wäre der Ermordete vom Gericht verurteilt worden, da man nun gegen seine Erben ein zivilgerichtliches Verfahren we-

gen der Auszahlung der oben genannten Summe — um soviel hat Ende die Postsparkasse geschädigt — anstrengen will.

Deutschland.

Die Aufwertungsfrage.

Berlin, 22. April. Das Reichskabinett beschloß gestern, den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf zu stellen, durch den festgelegt werden soll, daß ein Volkswirtschaftler in Fragen, die mit der Geldentwertung zusammenhängen, nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden kann.

Kein Stimmrecht für Deutschland?

Paris, 18. April. Das „Journal“ schreibt, daß hinsichtlich der Teilnahme Deutschlands an der Genfer Studienkommission das Stimmrecht Deutschland nicht zugesichert werden würde. Die deutsche Regierung sei seit zwei Tagen hieron verblüfft.

Der König von Schweden,

der sich am 16. d. M. auf der Durchreise in Berlin aufhielt, war am Nachmittag des betr. Tages Gast beim Reichspräsidenten von Hindenburg.

Aus aller Welt.

Europa vor einem neuen Kriege?

Genf, 16. April. Der Pariser „Gerald“ meldet aus New York: Senator Borah erklärte sich im Senat mit Heftigkeit gegen Amerikas Teilnahme am Haager Schiedsgericht. Europa stehe vor einem neuen Kriege zwischen Bolschewismus und Faschismus und Amerika tue gut, sein Desinteressement an europäischen Angelegenheiten auszusprechen.

Friedensverhandlungen in Marokko.

Paris, 19. April. Nach Rückkehr der französischen und spanischen Delegierten nach Urdaba wurde folgender offizieller Bericht ausgegeben: „Die französischen und spanischen Delegierten haben mit den Vertretern des Rif eine Zusammenkunft gehabt. Diese vorbereitende Besprechung hatte den Zweck, festzustellen, in welchem Maße die französisch-spanischen Verhandlungen als Basis für die Friedensverhandlungen dienen können. Die Rifleute erbot sich einige Tage Frist, um sich noch mit Abd el Krim zu besprechen, und haben sich im Flugzeug zu ihm begeben. Nach ihrer Rückkehr werden die vorbereitenden Besprechungen wieder aufgenommen.“

Einem Vertreter des „Matin“ gegenüber erklärte der Außenminister Abd el Krim, Herr Agha, die Delegation des Rif sei mit dem Verlangen zu den Verhandlungen gekommen, Frieden zu schließen. Sie hätten volles Vertrauen zu dem Erfolge ihrer Mission und hätten die französische und spanische Regierung, es ihnen zu ermöglichen, fortan in Ruhe und Freiheit zu leben. Sie hätten von den vorläufigen Friedensbedingungen Kenntnis genommen und seien überzeugt, daß ein Frieden möglich sei. Die Vertreter Abd el Krim seien zu den größten Zugeständnissen bereit.

Paris, 19. April. Die Pariser Mittagspresse ist in der Beurteilung der Verhandlungen mit Abd el Krim wenig zuversichtlich. Der Grund, warum die drei Rifdelegierten angeblich zur Erstellung neuer Instruktionen zu Abd el Krim zurückkehrten, ist, daß vor allem die Spanier auf der Entfernung Abd el Krim nicht nur aus dem Rifgebiet, sondern auch auf seiner Ausschließung von jedem islamischen Lande bestehen.

Paris, 22. April. Die französischen und spanischen Delegierten traten gestern erneut mit den Rifdelegierten zusammen, um über die Bedingungen für den Waffenstillstand zu verhandeln. Die Besprechungen dauerten bis 8 Uhr abends, führten aber zu keinem Ergebnis. Das Datum für die nächste Zusammenkunft der beiden Delegationen ist noch nicht festgesetzt worden. Inzwischen werden die Delegationen sich mit ihren Regierungen in Verbindung setzen.

Blutbad in Peking.

London, 22. April. Wie die in Schanghai erscheinende „Nordchina Daily News“ melden, haben die Kuomintang-Gruppen nach der Aufgabe Pekings die Leibgarde Sun-Chi-Duls, die vor wenigen Wochen auf demonstrierende Studenten geschossen hatte, hinter dem golden Tempel umzingelt und mit Maschinengewehren niedergeschossen. Von 400 Soldaten sollen nur fünf lebend aus diesem Blutbad herausgekommen sein.

Der Stand des Glosy.

Rattowig, 23. April, 11 vorm. 1 Dollar = 10 Glosy, 100 Glosy = 42 Reichsmark, 100 Reichsmark = 238 Glosy, 100 Schweizer Franken = 193 Glosy.

Kotales.

Coblenz, den 23. April 1926.

§ (Der Magistrat) gibt bekannt, daß Gesuche um Unterführungen pp., welche direkt aus Brandratsamt gerichtet werden, vorerst nicht berücksichtigt werden können. Derselben sind vielmehr an die Ortsbehörde (Magistrat) einzurichten, von wo aus sie an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. — Die Grundsteuer, die bis zum 14. April in der Kammerkasse einzuzahlen war, wird nunmehr unter Vorrechnung der Exaktionskosten zwangsweise eingezogen werden.

§ (Die Wolke), ein etwa 150 Jahre altes Haus in Kleckow auf Strohkolischem Terrain, ist am Dienstag früh 5 Uhr durch die hiesige Feuerwehr bei einer Alarm-Übung eingestrichen worden. Das alte hölzerne Haus war im Laufe der Zeit baufällig und daher unbewohnbar geworden. Es gehörte i. St. der hiesigen Tuchmacher Zunft, welche besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hierorts in hoher Blüte stand. So zählte nach der Stadtkrone die Zunft 1816 noch weniger als 80 selbständige Meister. Das vom Weibhül Kommenbe Tuch, welches dünn und locker war, enthielt auch noch das beim Krampfen des Streichgarns in die Wolke gebrachte Del. Um das letztere daraus zu entfernen und es zugleich dichter zu machen, wurde es gewolft, d. h. von Wolkhämmern unter hiesem hiesigen längere Zeit geschlagen und gedrückt. Das geschah nun auch in der Kleckower Wolke, die nach dem Eingehen der Tuchmacher - Zunft der Stadtgemeinde zufiel. In den letzten Jahren ist die Wolke von einem gewissen Bank bewohnt worden. Nach dessen vor etwa einem Jahre erfolgten Tode nisteten sich in dem morschen Hause allabendlich Obdachlose ein, jedoch die Stadtverwaltung Gefahr lief, hier event. Unannehmlichkeiten zu erleben. Um sich davon zu schützen, hat sie wie oben gesagt den Abruch dieses alt-historischen Hauses veranlaßt. Es gibt demnach keine Wolke mehr. Die Reste derselben werden nach einer Bekanntmachung des Magistrats am 26. d. M. veräußert.

§ (Sammlung für rote Kreuz.) Am Sonntag den 2. d. M. findet durch Schulkinder eine Sammlung zum Besten des roten Kreuzes statt. Die gesammelten Beträge werden zur Unterbringung armer kranker Kinder in die Ferienkolonien verwandt werden. Es wird daher gebeten, für diesen edlen Zweck nach Möglichkeit zu spenden.

§ (Das Finanzkontrollamt) hieselbst ist am 1. April infolge Umgestaltung der Finanzkontrollämter aufgelöst worden. Infolge dessen ist der Steuerinspektor Teodorowicz von hier nach Czernowitz, der Steuersekretär Niklasz von hier nach Rawslowitz versetzt worden. Die hiesige Finanzkontrolle wird lediglich durch den bisherigen dritten hiesigen Steuerbeamten, den Steuersekretär Kolbe ausgeführt.

§ (Rath. Gesellenvereine.) In der am 19. d. M. stattgefundenen Sitzung ist der Ausschuss, bestehend aus mehreren Ehrenmitgliedern des Vereins, gewählt worden, desgl. die Rechnungsberevisoren und die Hauptkassation. — Nach einem Vortrage des Herrn Präses wurde den Mitgliedern bekanntgegeben, daß herorts am Sonntag den 9. Mai die ständige Bezirks-Samstagung des Bezirks Ratowitz der Rath. Gesellenvereine und zwar nachmittags um 3 1/2 Uhr im Hotel „Der Wolf“ stattfindet. Die Tagesordnung hierfür ist folgende: 1. Eröffnung und Begrüßungsansprache. 2. Verlesung des Protokolls und Jahresberichts. 3. Kasienbericht und Beitragsfrage. 4. Entlastung des alten und Entwahl des Bezirksvorstandes. 5. Tätigkeitsbericht der einzelnen Vereine. 6. Referat des Zentralvorstandes Herrn Kujay. 7. Anträge, Ansprache und Mitteilungen. 8. Gesellschaftliches Beisammensein.

§ (Im Lichtspielhause) werden am Sonntag den 25. d. M. zwei eifolgreiche Filme aufgeführt, die wie aus der Unternehmung mittelst, allgemeinen Erfolg finden werden.

§ (Eine Übung) der Freiwilligen Feuerwehr findet am Montag den 26. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr statt. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

§ (Nebenbau.) In der ul. Orzowna (Holzstraße) ist das ehemals Berger'sche Gasthaus bis auf die Grundmauern eingestrichen worden. Der jetzige Besitzer, Herr Masol, läßt daselbst einen modernen 2stöckigen Nebenbau aufführen.

§ (Erhöhung der Bier- und Tabakpreise.) Nachdem die Brauereien den Zölletrier Bier von 53 auf 70 Glosy erhöht haben, ist vom 22. d. M. ab im Kleinverkauf der Schoppen Bier von 35 auf 40 Gloschen festgesetzt worden. — Auch die Tabakpreise sollen vom 26. d. M. ab um 20 % erhöht werden.

* (Einkommensteuer.) Wir erinnern daran, daß bis Ende dieses Monats die Erklärung zur diesjährigen Einkommensteuer abgegeben ist. Eine Anforderung des einzelnen Bürgers durch die Finanzbehörde erfolgt im allgemeinen nicht, vielmehr ist jede natürliche und juristische Person, die ein Jahreseinkommen von mehr als 1500 Glosy bezogen hat, zur Abgabe der Erklärung verpflichtet. Außerdem haben ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens ausgründend der geschätzten Einkommen diejenigen Personen eine Erklärung abzugeben, die ihr Haupteinkommen beziehen:

1. aus Grundbesitz über 30 ha,
2. aus Handelsunternehmen der I, II. und III. Kategorie, Einklass: 1—2,
3. aus Industrieunternehmen der I bis VII. Kategorie,
4. aus Wohnhäusern mit mehr als 4 Zimmern.

Erklärungsformulare geben die Finanzämter (in Coblenz der Magistrat) kostenlos ab. Ebenfalls bis zum 1. Mai ist die erste Abgabung auf die diesjährige Einkommensteuer zu leisten. Sie beträgt die Hälfte der auf das deklarierbare Einkommen entfallenden Steuer. Zusammen mit der Steuererklärung ist in Oberbühnen der Kommunalzuschlag zu entrichten. Die Mitteilung über die gezahlte Steuer ist der Erklärung beizulegen. Es empfiehlt sich, dazu nicht die Originalquittung sondern eine Abschrift zu verwenden. Die Abschrift bedarf keiner Beglaubigung, sondern nur der Unterschrift des Steuerpflichtigen, der dadurch für die Richtigkeit der Abschrift haftet.

* (Eine neue Steuer.) Auf Grund einer Verordnung des Finanzministeriums wird eine sogenannte „Militärsteuer“ eingeführt, der alle militärfähigen männlichen Staatsbürger von 16 bis 25 Jahren unterliegen. Von der Zahlung dieser Steuer sind nur beschränkt militärfähige Personen, die ihrer Dienstpflicht genügen bzw. zur Wehrdienst eingezogen sind, unterliegen. Die Steuerpflicht bedarf keiner Beglaubigung, sondern nur der Unterschrift des Steuerpflichtigen, der dadurch für die Richtigkeit der Abschrift haftet.

* (Eine neue Steuer.) Auf Grund einer Verordnung des Finanzministeriums wird eine sogenannte „Militärsteuer“ eingeführt, der alle militärfähigen männlichen Staatsbürger von 16 bis 25 Jahren unterliegen. Von der Zahlung dieser Steuer sind nur beschränkt militärfähige Personen, die ihrer Dienstpflicht genügen bzw. zur Wehrdienst eingezogen sind, unterliegen. Die Steuerpflicht bedarf keiner Beglaubigung, sondern nur der Unterschrift des Steuerpflichtigen, der dadurch für die Richtigkeit der Abschrift haftet.

* (Ende der deutschen Sprache bei den polnischen Behörden.) Laut Genfer Konvention ist die druckliche Sprache bis zum 16. Juli 1926 neben der polnischen Amtssprache bei den kommunalen und staatlichen Behörden zugelassen, d. h. die betr. Beamten können dieselbe unter sich gebrauchen. Da diese Verfügung mit oben genanntem Datum außer Kraft tritt, werden z. B. sämtliche Beamte der kommunalen und staatlichen Behörden einer Prüfung in der polnischen Sprache unterzogen. Es wird angenommen, daß diejenigen Beamten, welche diese Prüfung nicht bestehen, ihres Dienstes enthoben werden.

* (Die Zuschläge bei Lohn und Pacht.) Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß an den Fahrkartenzuschlägen vom 15. d. M. ab die neuen Zuschläge erhoben werden. Bisher unter 1 Glosy bedürfen keine Zuschläge. Bei Fahrkarten von 1—5 Glosy wird ein Zuschlag von 10 Groschen erhoben, bei Werten von 5—10 Glosy 20 Groschen, je weiteren 5 Glosy kosten 10 Groschen. Wie wir bereits berichteten, ist diese Maßnahme zur Sanierung der Arbeitslosen getroffen worden. Dasselbe gilt von den neuen Zuschlägen beim Postfrakt. Die Briefträger gehen angeblich eine Unmenge Straßporto ein, weil die Briefe n.w. zu wenig frankiert sind. Ein Brief kostet jetzt 16 Groschen, eine Postkarte 11 Groschen n.w. Bei Postsendungen nach dem Auslande werden diese Zuschläge nicht erhoben.

* (Die ersten Baumblüten.) Nach dem reichlichen, warmen Frühlingsergen erlebt die Kirche ihr launenhaftes Blütenwunder. Der Blütenreichtum an den Kirchbäumen ist außerordentlich und wenn rasche Fröste die Frühlingsbildung nicht gestört, ist eine gute Kirchenernte zu erwarten.

Zory